



Bürgerinitiative „KEINE Deponieerweiterung – KEIN PFC“,
Heidelberger Str. 1, 76571 Gaggenau-Oberweier

Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15

70184 Stuttgart

Gaggenau-Oberweier, 15. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

eine „Deponie-Optimierung“ (lt. Abfallwirtschaftsbetrieb Rastatt) stellt sich sukzessive als Umweltskandal dar und **wächst sich zunehmend zu einem politischen Skandal aus**. Anders können wir uns nicht erklären, warum wir als Bürgerinitiative „KEINE Deponieerweiterung – KEIN PFC“ von den zuständigen Behörden immer nur auf Nachfrage und nie vollständig informiert werden bzw. warum man darüber hinaus unsere Fragen nur halbherzig beantwortet und zwar immer erst, nachdem unsere Recherchen neue brisante Tatsachen an den Tag gebracht haben.

Lassen Sie uns das Problem in aller Kürze schildern:

Die Einwohner von Oberweier (ein Teilort der Stadt Gaggenau im Landkreis Rastatt) tragen seit 50 Jahren die Belastung einer Deponie. Die Schließung war in greifbarer Nähe. Doch im Oktober 2020 wurde den Bürger*innen völlig überraschend eine Machbarkeitsstudie präsentiert, nach der die Deponie erweitert und tauglich gemacht werden soll für die Ablagerung von PFC-Giftstoffen, möglicherweise sogar für Bauschutt der Kraftwerke, die in Karlsruhe bzw. Philippsburg gerade zurück gebaut werden.

Aus mehreren Gründen lehnt die Bürgerinitiative „KEINE Deponieerweiterung – KEIN PFC“ das Konzept des Abfallwirtschaftsamts des Landkreises Rastatt ab:

1. Bedingungen auf den zu überplanenden Deponieteilen

- Auf der ehemaligen Hausmüll-Deponie wurden in den vergangenen Jahrzehnten bereits Giftstoffe entsorgt, ohne dass die Bevölkerung davon Kenntnis hatte. Dazu zählen 328.000 Tonnen PFC-haltige Papierschlämme (gelagert zwischen 1985 und 2004), vergiftete Fische aus der Sandoz-Katastrophe im Jahr 1986 sowie Industriemüll verschiedener Firmen aus der Region.

Wir sitzen auf einem Pulverfass, und die Behörden sind gerade dabei, die Gefahren zu negieren; lt. AWB sind die Deponien kein Sanierungsfall.

- Einer der beiden Alt-Deponieteile ist schon seit Jahren stark durch kleinräumige Rutschungen gekennzeichnet und insgesamt rutschungsgefährdet. Hier ist eine Erhöhung der Auflast sicher per se schon kontraproduktiv.

2. Notwendige Maßnahmen auf den Altdeponien

- Um die Situation auf den Altdeponien zu erkunden, bedarf es einer unabhängigen Überprüfung der Situation auf der Deponie. Der jetzige Vertragspartner der AWB arbeitet seit 40 Jahren mit der AWB auf der Deponie, da ist Unabhängigkeit u.U. nicht mehr gewährleistet.

1

Sprecher
Toni Böck
Heidelberger Str. 1
76571 Gaggenau
Mail: Toni.Boeck@PFC-freie-Deponie.de

Sprecher
Dietrich Knoerzer
Ortsstraße 53
76571 Gaggenau
Mail: Dietrich.Knoerzer@PFC-freie-Deponie.de

Förderverein zur Heimatpflege Oberweier e.V.
Sparkasse Baden-Baden Gaggenau
IBAN:DE64 6625 0030 0050 6439 72
BIC: SOLADES1BAD
Verwendungszweck: *Deponie*



- Nach der Überprüfung der Situation müssen die notwendigen Sanierungsarbeiten vollzogen werden. Dies wären Maßnahmen z.B. zum Schutz des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung.
- Verschmutzte Sickerwässer belasten mit unterschiedlichen Stoffen schon seit Jahrzehnten das Grundwasser, gemessen werden aber lediglich haushaltsmülltypische Stoffklassen, hier muss eine starke Erweiterung der überprüften Stoffklassen erfolgen.
- Zunehmende Starkregenereignisse führen zu einem weiteren Anstieg der Belastung, da die jetzige Kläranlage bei zu viel Sickerwasser auf Störung schaltet und die Sickerwässer ungeklärt entlässt. **Bisher wird nichts dagegen getan.**

3. Gefährdung durch die einzulagernden Stoffe

3.1. PFC

- Wenn, wie behauptet wird, der Standort Oberweier landesweit bisher über den einzigen geeigneten Untergrund für eine Ablagerung von PFC verfügt (was zu beweisen wäre), müssen die Bürger*innen befürchten, dass hier eine Zentraldeponie für ganz Baden-Württemberg entstehen könnte. **Das können und werden wir nicht dulden!**

Allein in Mittelbaden sind mittlerweile 1159 Hektar Ackerland mit PFC verseucht. Die Flächen rund um Oberweier sind angeblich noch PFC-frei.

- Warum werden Giftstoffe nicht dort entsorgt, wo sie nachweislich entstanden sind? Alternative Verfahren und alternative Ablagerungsmöglichkeiten vor Ort wurden bislang nicht untersucht.
- Wie sinnvoll ist es, Giftstoffe von A nach B zu transportieren, folglich noch mehr Flächen zu kontaminieren und letztendlich noch mehr Menschen zu gefährden? **Ein Schildbürgerstreich!**

3.2. Bauschutt und mittelfristig freigemessener Bauschutt?

- Die Ablagerung von Atommüll sei **nicht beabsichtigt**, heißt es weiter in einer Stellungnahme. Wir alle wissen, wie schnell sich die politische Windrichtung drehen kann. Nicht beabsichtigt ist in unseren Augen keine Garantie dafür, dass es nicht doch so weit kommt.

4. Gefährdungspotential durch die Einlagerung

- Aus der Machbarkeitsstudie geht hervor, dass im Zuge der geplanten Deponieerweiterung die Sickerwasseranlage erneuert werden und mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe durch Aktivkohlefilter ausgestattet werden muss. Danach sei das abgeleitete Wasser **nahezu PFC-frei**. Nahezu bedeutet, dass weiterhin Schadstoffe vorhanden sein werden, von denen Gefahren ausgehen.
- Unmittelbar um die Deponie herum liegen ein FFH- und ein Wasserschutzgebiet. Stäube und flüchtige Stoffe machen an keiner Grenze Halt. Nicht nur die Landschaft, sondern auch die in einem Abstand von ca. 600 Metern lebenden Menschen wären in ihrer Gesundheit gefährdet.
- Schon jetzt gibt es Einwohner, die wegen der Verkehrsbelastung und der drohenden Veränderungen ihrer Heimat den Rücken kehren. Durch eine Erweiterung der Deponie würde der Verkehr noch sehr stark zunehmen (zw. 50 000 und 70 000 LKW in der zusätzlichen Befüllungsphase). Stäube und herabfallende Stoffe bei der Anlieferung sind bereits jetzt gang und gäbe.



Bürgerinitiative „KEINE Deponieerweiterung – KEIN PFC“,
Heidelberger Str. 1, 76571 Gaggenau-Oberweier

5. Interaktion mit der Verwaltung

- Der Vertrag über die Nutzung der Deponie muss demnächst neu verhandelt werden. Bei Nicht-Zustimmung hieß es vonseiten der Behörden: Dann wird die Stadt Gaggenau, der ein großer Teil des Deponiegeländes gehört, **enteignet**.

Das, und viele andere Antworten, die wir vonseiten der Behörden bekommen haben, klingt nicht gerade vertrauensbildend, ganz abgesehen davon, dass viele Aussagen wenig aufschlussreich und schwammig oder gar widersprüchlich formuliert sind.

Unsere Forderungen sind daher:

- Anerkennung der Deponie als Sanierungsfall, mindestens aber eine unabhängige Überprüfung der Situation auf der Deponie
- Wenn, wie zu erwarten, eine Belastung der Umwelt durch die Deponie ausgeht,
 - eine Sanierung der betroffenen Deponieteile
 - Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung
 - enges Monitoring des Sickerwassers im Hinblick auf die möglichen emittierenden Stoffe
 - keine Erweiterung der Deponie und damit
 - keine Ablagerung von belastetem Material (weder PFC noch sonstige Giftstoffe und kein radioaktiv belasteter Bauschutt)
 - keine Erhöhung des Verkehrsaufkommens
 - keine weitere Belastung einer kleinen Gemeinde über die zugesagten 50 Jahre hinaus

- Bei allen Schritten eine **inhaltliche Bürgerbeteiligung**, wie von der Politik immer wieder versprochen. Was wir hier erleben sieht leider anders aus: Das alles ist **nicht die Politik des Gehört-Werdens**, wie Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass bei Ihrem Amtsantritt versprochen haben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, wir bitten Sie inständig um Unterstützung, damit das Kapitel Deponie für unsere Gemeinde nach 50 Jahren beendet werden kann. Gerne stehen wir Ihnen oder Ihren Mitarbeitern für weitere Erläuterungen bzw. Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Toni Böck

Dietrich Knoerzer